SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Steigendes Scheidungsrisiko in Ost und West: zur Entwicklung der Ehestabilität in Deutschland

Wiegand, Erich

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Wiegand, E. (1992). Steigendes Scheidungsrisiko in Ost und West: zur Entwicklung der Ehestabilität in Deutschland. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 8, 11-14. https://doi.org/10.15464/isi.8.1992.11-14

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by/4.0

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Diese Version ist zitierbar unter / This version is citable under:
https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-212746

Steigendes Scheidungsrisiko in Ost und West

Zur Entwicklung der Ehestabilität in Deutschland

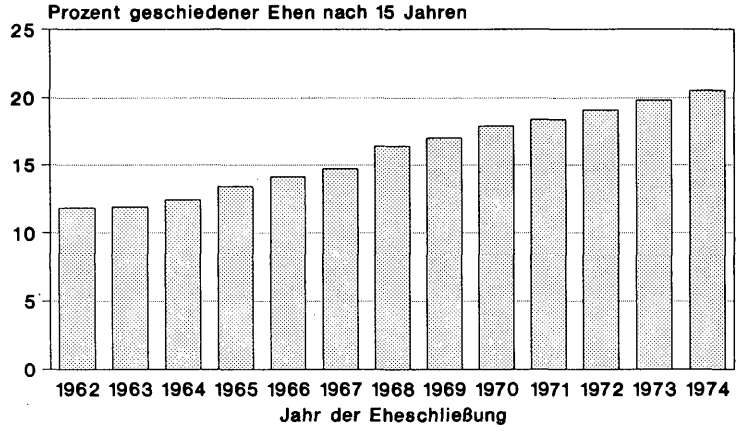
Ein größer werdender Anteil der Bevölkerung definiert die Institution der Ehe nicht mehr als lebenslange Schicksalsgemeinschaft, sondern als langfristige Partnerschaft. Gleichzeitig wird sie immer weniger als einzig legitime Lebensform anerkannt, sondern in zunehmendem Maße als eine Wahlmöglichkeit unter verschiedenen alternativen Lebensformen angesehen. Damit sinkt auch das Bemühen, eine einmal geschlossene Ehe unter allen Umständen aufrechtzuerhalten und es wächst die Bereitschaft, sie wieder aufzulösen, wenn zentrale Erwartungen an die Ehe nicht mehr erfüllt werden. Sichtbar wird der Bedeutungswandel der Ehe unter anderem durch die zunehmende Scheidungshäufigkeit. Die Ehe als Institution wird grundsätzlich allerdings nach wie vor nur von einer Minderheit der Bevölkerung in Frage gestellt.

Der vorliegende Beitrag behandelt ausgewählte Fragestellungen der Dauerhaftigkeit von Ehen. Zum einen wird danach gefragt, wie sich in der Bundesrepublik die Ehestabilität im Zeitablauf verändert hat. Dazu werden die vorliegenden Querschnittsdaten der amtlichen Statistik über Eheschließungen und Ehescheidungen zu Längsschnittinformationen für einzelne Heiratsjahrgänge kombiniert. Zum zweiten werden auf der empirischen Grundlage der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS Basisumfrage 1991 in Gesamtdeutschland) die Unterschiede in der Ehestabilität zwischen dem früheren Bundesgebiet und den fünf neuen Bundesländern herausgearbeitet. Drittens schließlich werden beide Fragestellungen miteinander verknüpft und es wird untersucht, ob die historische Entwicklung der Ehestabilität in beiden deutschen Staaten nach dem gleichen Grundmuster verläuft.

Geringere Ehestabilität bei den jüngeren Heiratsjahrgängen

Die Ehestabilität der einzelnen aufeinanderfolgenden Heiratsjahrgänge nimmt in der Bundesrepublik seit Beginn der sechziger Jahre stetig ab (vgl. Graphik 1). Von den im Jahr 1962 geschlossenen Ehen wurden innerhalb der ersten fünfzehn Ehejahre zwölf Prozent wieder geschieden. Dieser Anteil stieg dann bis zum Heiratsjahrgang 1974 kontinuierlich auf fast 21 Prozent an. Das bedeutet konkret, daß sich innerhalb eines Zeitraums von nur dreizehn Jahren der Anteil der geschiedenen Ehen eines Heiratsjahrgangs fast verdoppelt hat.

Graphik 1
Ehestabilität einzelner Heiratsjahrgänge in der Bundesrepublik Deutschland



Datenbasis: Statistisches Bundesamt

Betrachtet man die „Absterbeordnungen" der verschiedenen Heiratsjahrgänge, dann zeigt sich als Grundmuster immer ein schwach ausgeprägter umgekehrt S-förmiger Verlauf der einzelnen Kurven (vgl. Graphik 2). Der Anteil der „überlebenden" d.h. der nicht geschiedenen Ehen eines Heiratsjahrgangs geht während der jeweils ersten fünfzehn Ehejahre zunächst nur leicht, dann stärker und schließlich wieder etwas schwächer zurück. Der im Vergleich zur Scheidung seltener auftretende Tatbestand der Auflösung von Ehen durch den Tod eines Partners mußte hierbei aufgrund fehlender Daten vernachlässigt werden.

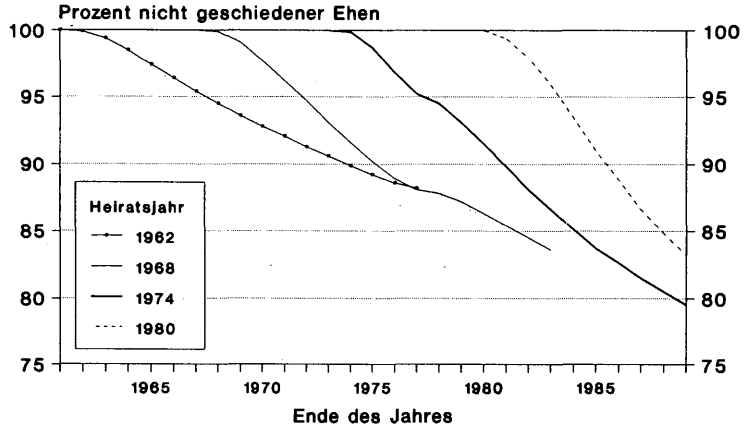
Die zunehmend geringere Ehestabilität der jüngeren Heiratsjahrgänge wird durch den immer steileren Verlauf der Kurven deutlich. Die insbesondere in den Scheidungsverläufen der beiden Heiratsjahrgänge 1968 und 1974 nach unterschiedlicher Ehedauer sichtbar werdende Unregelmäßigkeit ist eine Folge des „Ersten Gesetzes zur Reform des Ehe- und Familienrechts", das zum 1. Juli 1977 in Kraft trat und vor allem im Jahr 1978 einen vorübergehenden Aufschub von Scheidungen zur Folge hatte.

Höheres Scheidungsrisiko in der ehemaligen DDR

Sowohl die politischen Systeme als auch die Wirtschaftsordnungen beider deutscher Staaten wiesen fundamentale Unterschiede auf. Daraus ergaben sich unter anderem auch unterschiedliche Auswirkungen auf die Stabilität der geschlossenen Ehen. In ideologischer sowie normativ-rechtlicher Hinsicht wurde die Institution der Ehe in der Bundesrepublik Deutschland in größerem Umfang gefördert und geschützt als in der ehemaligen DDR. Im gesellschaftlichen Leben und insbesondere in der Arbeitswelt war die Emanzipation der Frauen in der DDR im Vergleich zur Bundesrepublik weiter fortgeschritten. Beide Tatbestände bewirkten neben anderen Faktoren, daß in der ehemaligen DDR Ehen häufiger wieder geschieden wurden als in der Bundesrepublik Deutschland. Das belegen be-

Graphik 2

Ehestabilität im Zeitverlauf in der Bundesrepublik Deutschland



Datenbasis: Statistisches Bundesamt

reits die im Vergleich zur Bundesrepublik wesentlich höheren Scheidungsquoten in der DDR (vgl. Tabelle 1).

Streng genommen kann die Hypothese des höheren Scheidungsrisikos in der ehemaligen DDR mit diesen Querschnittsdaten der amtlichen Statistik methodisch nur unzureichend überprüft werden. Zu einer angemessenen Überprüfung bedarf es Längsschnittinformationen, die für die ehemalige DDR nicht vorliegen bzw. aus den vorliegenden Zahlen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik nicht berechnet werden können. Bessere Möglichkeiten in dieser Hinsicht bietet die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften, die im Jahr 1991 als ALLBUS Basisumfrage erstmals auch in den fünf neuen Bundesländern durchgeführt wurde.

In der ALLBUS Basisumfrage 1991 zeigen sich bereits beim aktuellen Familienstand der Befragten zum Teil beträchtliche Unterschiede zwischen Ost und West. Berücksichtigt man nur die Befragten mit vollständigen Angaben zur Entwicklung ihres Familienstandes, dann wird mit 24 Prozent gegenüber vierzehn Prozent der Anteil lediger Personen im früheren Bundesgebiet wesentlich höher ausgewiesen als in den fünf neuen Bundesländern. Demgegenüber liegt der Anteil der Verheirateten im Westen mit 62 Prozent um rund neun Prozentpunkte niedriger als im Osten. Kaum ein Unterschied besteht dagegen bei den Anteilen der verwitweten Personen. Von besonderem Interesse für die hier angesprochenen Fragestellungen ist jedoch der Unterschied beim Geschiedenenanteil, der im früheren Bundesgebiet fünf Prozent und in den neuen Bundesländern acht Prozent beträgt.

Wiederverheiratung im Osten häufiger

Die Verteilung der Befragten nach dem gegenwärtigen Familienstand resultiert aus der Aggregation der mehr oder weniger komplexen individuellen Verläufe. Da in der ALLBUS Basisumfrage 1991 retrospektiv die vollständige Biographie des Familienstandes mit Angaben über Zeitpunkt und Dauer nicht nur der gegenwärtigen sondern gegebenenfalls auch der früheren Ehen erhoben wurde, kann eine differenzierte Kategorisierung der Befragten nach ihrer Familienstandsbiographie vorgenommen werden (vgl. Graphik 3).

Im früheren Bundesgebiet sind oder waren vier Prozent und in den fünf neuen Bundesländern sogar acht Prozent der Befragten mehr als einmal verheiratet (Kat. 4 bis 9, 11 bis 16). Dabei entfallen im Osten mehr und im Westen etwas weniger als die Hälfte der jeweiligen Anteile auf Befragte, die einmal geschieden wurden und jetzt verheiratet sind (Kat. 11). Die Anteile der Befragten, die bereits die Erfahrung einer Scheidung gemacht haben, liegen deshalb auch deutlich über den Anteilen, die als gegenwärtigen Familienstand geschieden angegeben haben. Im Westen wurden acht Prozent und im Osten vierzehn Prozent der Befragten mindestens einmal geschieden (Kat. 10 bis 16). Jeweils fast ein Prozent der Befragten haben sogar zwei oder mehr Scheidungen hinter sich gebracht (Kat 13 bis 16).

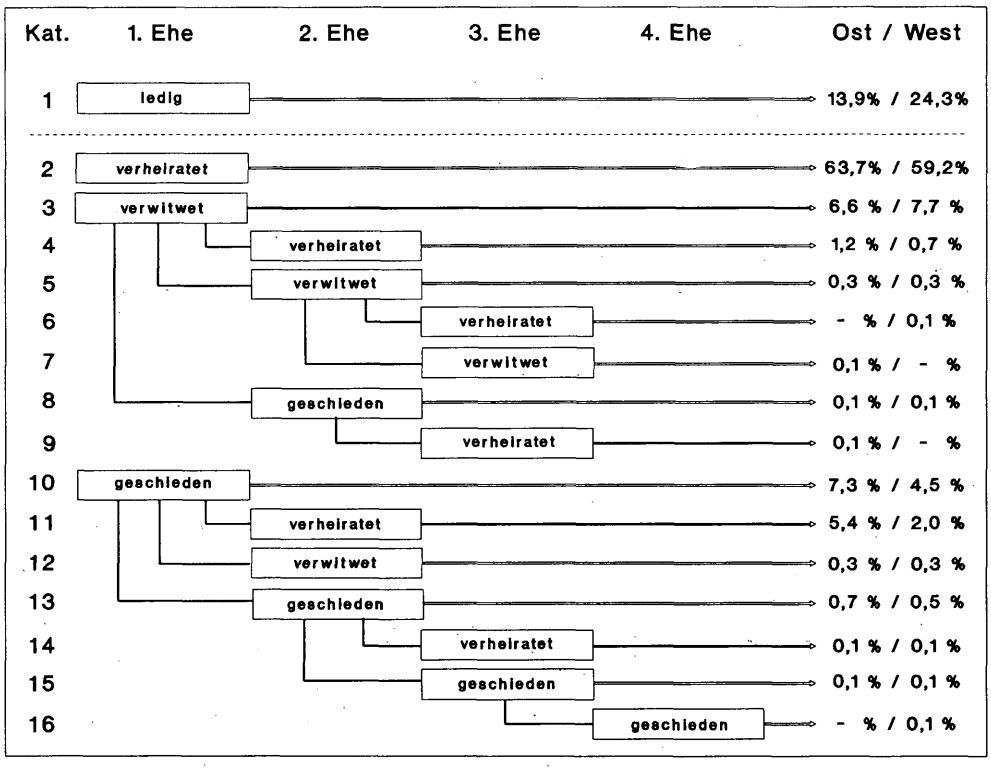
Im Vergleich zur Scheidung differieren bei der Verwitwung die Anteile derjenigen, die gegenwärtig verwitwet sind, von denjenigen, die diesen persönlichen Schicksalsschlag in ihrem Leben bereits irgendwann erfahren haben, kaum voneinander. Zum Zeitpunkt der Befragung im Frühsommer 1991 waren im früheren Bundesgebiet acht Prozent und in den fünf neuen Bundesländern sieben Prozent verwitwet (Kat. 3). Die leidvolle Erfahrung eines Verlusts des Ehepartners hatten allerdings im Westen schon etwas mehr und im Osten etwas weniger als neun Prozent der Befragten gemacht (Kat. 3 bis 9, 12).

Tabelle 1: Entwicklung der Ehescheidungsquoten in der Bundesrepublik Deutschland und der ehemaligen DDR

	Zahl der Scheidungen je 10 000			
	Einwohner		bestehende Ehen	
	BRD	DDR	BRD	DDR
1950	16,9	27,1	67,5	109,0
1960	8,8	14,2	35,7	–
1970	12,6	16,1	50,9	63,9
1980	15,6	26,8	61,3	106,6
1985	21,0	30,8	86,1	125,1
1988	21,0	29,6	86,6	121,1
1989	20,4	30,1	84,6	122,8

Datenbasis: Statistisches Bundesamt

Graphik 3
Verteilung nach der Familienstandsbiographie



Datenbasis: ALLBUS Basisumfrage 1991

Zunahme der Instabilität von Ehen ein politische Systemgrenzen überschreitender gesellschaftlicher Trend

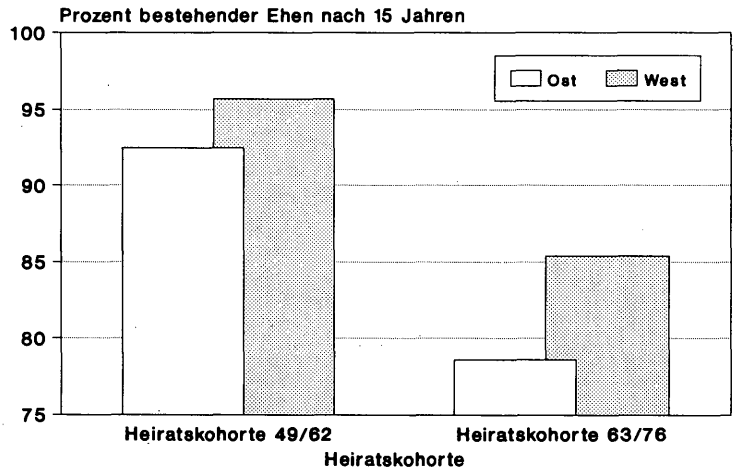
Ähnlich wie aus den Eheschließungs- und Scheidungszahlen der amtlichen Statistik lassen sich auch aus den Daten der ALLBUS Basisumfrage 1991 Längsschnittinformationen über die „Absterbeordnung" der in einem bestimmten Zeitraum geschlossenen Ehen berechnen. Aufgrund zu kleiner Fallzahlen können hier allerdings keine einzelnen Heiratsjahrgänge analysiert werden, dafür ist aber ein Ost-West-Vergleich möglich. Berücksichtigt werden im vorliegenden Beitrag nur die Erstehen von Befragten, die zwischen Januar 1949 und Juni 1976 geheiratet haben. Dadurch wird sichergestellt, daß die Ehen erstens im bereits geteilten Deutschland, d.h. unter verschiedenartigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, geschlossen wurden und zweitens mindestens fünfzehn Jahre dem Scheidungsrisiko ausgesetzt waren.

Von den im genannten Zeitraum geschlossenen Ehen „überlebten" im früheren Bundesgebiet zehn Prozent die ersten fünfzehn Ehejahre nicht. Dabei wurden acht Prozent der Ehen geschieden und zwei Prozent endeten durch den Tod eines Ehepartners. In den fünf neuen Bundesländern lag der Anteil der „überlebenden" Ehen mit 85 Prozent um fünf Prozentpunkte niedriger. Dieser Unterschied ist ausschließlich auf die höhere Scheidungsquote von dreizehn Prozent zurückzuführen. Sowohl im Osten als auch im Westen zeigt die „Absterbeordnung" den bereits bekannten umgekehrt S-förmigen Verlauf. Die Ehen im Osten wurden aber nicht nur häufiger, sondern auch schneller geschieden als im Westen. Die durchschnittliche Ehedauer der zwischen 1949 und 1976 geschlossenen und innerhalb von fünfzehn Ehejahren wieder geschiedenen Ehen betrug in der früheren Bundesrepublik 7,9 Jahre und in der ehemaligen DDR 7,3 Jahre. Damit bestätigen die Daten der ALLBUS Basisumfrage 1991 die Hypothese der geringeren Ehestabilität in der ehemaligen DDR.

Noch nicht beantwortet werden kann damit allerdings die Frage, ob in der ehemaligen DDR ebenso wie in der früheren Bundesrepublik die Scheidungshäufigkeit im Zeitverlauf zugenommen hat. Dazu bedarf es einer zusätzlichen Differenzierung der Analysen nach dem Zeitpunkt der Eheschließung der Befragten (vgl. Graphik 4). Bereits eine einfache Zweiteilung des interessierenden Zeitraums der Eheschließung macht deutlich, daß die zunehmende Instabilität von Ehen ein politische Systemgrenzen überschreitender gesellschaftlicher Trend war bzw. ist.

Graphik 4

Ehestabilität im Ost-West-Vergleich



Datenbasis: ALLBUS Basisumfrage 1991

Von den zwischen 1949 und 1962 geschlossenen Erstehen bestanden nach fünfzehnjähriger Ehedauer im Westen noch knapp 96 Prozent und im Osten noch 93 Prozent. Dagegen fällt bei den Befragten, die zwischen Januar 1963 und Juni 1976 geheiratet haben, der Unterschied in der Ehestabilität zwischen Ost und West deutlicher aus. Während in der früheren Bundesrepublik zwölf Prozent der in diesem Zeitraum geschlossenen Ehen innerhalb der ersten fünfzehn Ehejahre wieder geschieden wurden, waren es in der ehemaligen DDR zwanzig Prozent. Berücksichtigt man zudem noch das allerdings jeweils relativ geringe Verwitwungsrisiko, dann „überlebten" im Westen nur 85 Prozent und im Osten sogar nur 79 Prozent der zwischen 1963 und 1976 geschlossenen Erstehen die ersten fünfzehn Ehejahre.

Scheidungsrisiko auch zukünftig steigend?

Die auf der Grundlage der amtlichen Statistik sowie der Daten der ALLBUS Basisumfrage 1991 berechneten „Absterbeordnungen" zeigen, daß die Instabilität von Ehen im Zeitablauf zugenommen hat. Dieser Tatbestand trifft für die frühere Bundesrepublik und die ehemalige DDR gleichermaßen zu. Die im Vergleich zu den hier analysierten Heiratsjahrgängen steiler absinkenden Kurven des Anteils nicht geschiedener Ehen der Heiratsjahrgänge nach 1974 (vgl. nochmals Graphik 2), für die noch keine vollständigen Angaben über die ersten fünfzehn Ehejahre vorliegen können, deuten sehr stark darauf hin, daß sich der Trend der zunehmenden Instabilität von Ehen auch zukünftig fortsetzen wird.

Erich Wiegand
(Tel.: 0621/18004-29)

Workshop

Kommunale Sozialberichterstattung

29. bis 30. Oktober 1992

Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA), Mannheim
Abteilung Soziale Indikatoren

Die Ziele der gesellschaftlichen Dauerbeobachtung und Sozialberichterstattung werden inzwischen nicht nur auf der gesamtgesellschaftlichen sondern auch auf der lokalen und kommunalen Ebene verfolgt. In verschiedenen Städten wurden Konzepte einer kommunalen Sozialberichterstattung entwickelt und in diesem Rahmen z.T. auch spezielle auf die Messung der Lebensqualität ausgerichtete Bürgerbefragungen durchgeführt. Diese Ansätze sind in der Wissenschaft, aber mehr noch bei Kommunen, die vor der Aufgabe stehen, eigene Informations- und Berichtssysteme aufzubauen, auf großes Interesse gestoßen.

Der Workshop soll Interessenten aus Praxis und Wissenschaft Gelegenheit bieten, sich mit dem gegenwärtigen Stand der kommunalen Sozialberichterstattung, den methodischen Verfahren und den zu erwartenden Resultaten vertraut zu machen und auf der Basis der vorliegenden Erfahrung deren Anwendungsmöglichkeiten und weitere Entwicklungsperspektiven zu erörtern. Als Referenten werden dazu neben Vertretern der Sozialindikatorenforschung und akademischen Sozialberichterstattung auch Experten verschiedener kommunaler Institutionen eingeladen.

Interessenten werden gebeten, sich bis 15. September bei ZUMA, Tagungssekretariat (Tel.: 0621/18004-43) anzumelden. Für die Teilnahme wird ein Beitrag von 80 DM erhoben. Der Workshop wird von Heinz-Herbert Noll und Erich Wiegand vorbereitet und betreut.